

**Wahlprogramm der Grünen  
Hochschulgruppe Heidelberg  
zu den Wahlen zum  
StudierendenRat 2014**



## **Präambel**

Wir bei der Grünen Hochschulgruppe Heidelberg (GHG) setzen uns für eine ökologische, nachhaltige und gerechte Universität ein. Wir beschäftigen uns inhaltlich mit „grünen“ Themen auf lokaler, landes- und bundespolitischer Ebene, arbeiten aber strukturell und organisatorisch unabhängig von politischen Parteien. Im StuRa wollen wir uns vor allem für die im Folgenden aufgeführten Themen engagieren.

## Impressum

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes (V.i.S.d.P):  
Grüne Hochschulgruppe Heidelberg  
c/o Constanze Erhard  
im Grünen Büro Heidelberg Heidelberg  
Poststraße 18-20  
69115 Heidelberg  
[info@ghg-heidelberg.de](mailto:info@ghg-heidelberg.de)

## Soziale und Geschlechtergerechtigkeit

Wir als Grüne Hochschulgruppe setzen uns dafür ein, eine sozial gerechte und barrierearme Uni zu schaffen, zu der alle Zugang haben sollen. Unabhängig von Geschlecht, Alter, ethnischer Zugehörigkeit, sexueller Orientierung/Identität, physischem Zustand oder sozialem Hintergrund muss Teilhabe auf allen Ebenen des Unilebens ohne Einschränkungen möglich sein. Studium, Lehre, Forschung, ehrenamtliches Engagement und sonstige Aktivitätsfelder an unserer Uni müssen diesen Ansprüchen gerecht werden. Uni kann nur erfolgreich sein, wenn Inklusion aktiv gelebt wird und niemand - auch unwillentlich - ausgeschlossen oder abgeschreckt wird. Dazu gehört auch, dass für einzelne besonders aufwändige Ämter innerhalb der Verfassten Studierendenschaft, jedoch nicht für die einfache StuRa-Mitgliedschaft, Aufwandsentschädigungen gezahlt werden können, wie es auch im Landeshochschulgesetz vorgesehen ist. Diese sollen auf keinen Fall die Höhe des BAföG-Höchstsatzes überschreiten, aber einen Ausgleich für die geleistete ehrenamtliche Tätigkeit bieten.



Unser Ziel ist es auch, dass alle öffentlich zugänglichen Textdokumente der Universität (z.B. Prüfungsordnungen, Webseite, etc.) und des Studierendenrates in geschlechtergerechter Sprache abgefasst werden. Wir erkennen die gesellschaftliche Realität an, dass an der Hochschule gezielt Frauenförderung betrieben werden muss, da in der akademischen wie auch in der studentischen Selbstverwaltung ein massives Ungleichgewicht vorliegt. Wir wollen die Vergabe von Professuren achtsam verfolgen und insbesondere die selbstgenannten Ziele des Gleichstellungsbüros der Universität (Quote nach Kaskadenprinzip) auf ihre Umsetzung überprüfen!

Deshalb stellen wir unsere Liste auch nur streng quotiert auf, um den gesellschaftlich-kulturell bedingten Geschlechternormativen entgegenzuwirken.

Neben der Geschlechtergerechtigkeit spielt besonders die soziale Gerechtigkeit für uns eine wichtige Rolle, denn durch soziale Ungleichheiten werden Menschen von der Partizipation an der ehrenamtlichen Tätigkeit ausgeschlossen.

Das bedeutet für uns eine kategorische Ablehnung von allen, auch versteckten Studiengebühren, wie z.B. dem Verwaltungskostenbeitrag. Diese wirken immer sozial selektiv und schränken den Zugang zu weiterführender Bildung ein. Für

uns ist Bildung ein Menschenrecht, das auch gewahrt bleiben soll. Wir treten für die Abschaffung aller Zugangsvoraussetzungen an der Universität ein, da wir eine offene Hochschule gestalten wollen und nicht Menschen vom höchsten Gut der Bildung ausschließen möchten.

Zusätzlich setzen wir uns beim Studierendenwerk dafür ein, dass mehr inklusiver Wohnraum bereitgestellt wird, und zwar für die Menschen, die ihn brauchen. Vor allem aber muss mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden. Daran wollen wir im Studierendenrat arbeiten. Wir fordern die Stadt dazu auf, mehr auf sozialen Wohnungsbau zu setzen und erwarten vom Studierendenwerk die Akquirierung weiterer Gelder von Landesebene zum Wohnheimbau.

Unter soziale Gerechtigkeit fällt auch ein Begriff für unsere Generation: Die „Generation Praktikum“: Wir fordern, dass alle Praktika angemessen bezahlt werden. Dies gilt insbesondere auch für das Lehramtspraxissemester. Jede\*r Praktikant\*in hat eine angemessene Entlohnung oder zumindest eine Aufwandsentschädigung verdient.

Dabei darf man trotzdem nicht vergessen, dass Praktika der Aus- und Weiterbildung dienen und auch entsprechend betreut werden müssen. Sie dürfen keineswegs als Billig- oder gar Kostenlos-Arbeitskräfte missbraucht werden. Praktikant\*innen ersetzen keine regulären Stellen! Gerade mit der Mindestlohngesetzgebung auf Bundesebene, die Praktikant\*innen ausschließt, wird diesem Prozess der Ausnutzung der Arbeitskraft mit Pflichtpraktika in vielen Prüfungsordnungen auch an der Universität wieder Tür und Tor geöffnet. Dabei wird immer vollkommen vergessen, dass sich einige Studierende das Studium noch durch Nebenjobs finanzieren müssen und gar nicht die Zeit haben, ihre Arbeitskraft unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

## **Ökologische Mensa**

Obwohl sich das Studierendenwerk redlich bemüht, ökologisches Essen und fair gehandelte Produkte anzubieten, ist hier noch viel zu tun. So wäre es wichtig, zusätzlich zu dem auf dem auf Event getrimmten und lediglich einmal im Semester stattfindenden Veggie-Day dauerhaft gute vegetarische und vegane Gerichte mit Auswahlmöglichkeiten in allen Mensen anzubieten, damit auch die immer größere Gruppe der Vegetarier\*innen und Veganer\*innen jederzeit Wahlmöglichkeiten haben. Des Weiteren ist es dringend notwendig, dass das Studierendenwerk für Allergiker\*innen und Menschen mit Lebensmittelunverträglichkeiten transparent darstellt, was in den angebotenen Speisen enthalten ist, mindestens sollte es ein Angebot auf der Website geben, in der die immer wiederkehrenden Speisen aufgeführt sind. Ideal wäre jedoch eine App für Smartphones, mit der man vor Ort überprüfen kann, ob man das angebotene Gericht verträgt. Außerdem sollte das neue Konzept im eat&meet in der Triplex-Mensa rückgängig gemacht werden. Das vegetarische Angebot ist hier deutlich schlechter geworden, da die wechselnden Tagesgerichte in der Regel Fleisch enthalten und auch der neu eingeführte „Klimateller“ meistens nicht vegetarisch ist. Wer auf Fleisch verzichten will, muss nun regelmäßig auf Valess-Schnitzel und Falafeln zurückgreifen. Weiterhin lehnen wir das neue Konzept ab, weil es teilweise massive Preissteigerungen um mehr als 100% mit sich bringt, obwohl die Qualität des Essens gleich geblieben ist. Das ist sozial ungerecht und widerspricht dem Auftrag des Studierendenwerks.

## **Ökologische Universität**

Eine Universität als Masseneinrichtung und gerade die Universität Heidelberg, die sich den Fortschritt auf die Fahne schreibt, sollte mit gutem Beispiel vorangehen und zeigen, dass in der heutigen Welt die Verantwortung für die Umwelt sowie Nachhaltigkeit eine wichtige Rolle spielt und auch getragen werden kann. Daher wollen wir der Verwaltung der Universität Druck machen, dass die Universität, die beschlossene Verwendung von recyclingfähigen Materialien ausbaut und im Alltag konsequent umsetzt. Langfristig streben wir weiterhin das Ziel der Umstellung auf Ökostrom an, wir sehen aber, dass hier gewaltige Anstrengungen nötig sind, um dem Beispiel von Universitäten wie Mannheim zu folgen. Wir sind aber bereit, unseren Teil dazu beizutragen.

## **Hochschulfinanzierung - Abschaffung der QSM stoppen**

Nach der Abschaffung der Studiengebühren im Jahr 2011 hat die grün-rote Landesregierung die Qualitätssicherungsmittel (QSM) als Ausgleichsfinanzierung den Universitäten bereitgestellt (ca. 280€ pro Studierender\*in). An der Verteilung der Gelder waren die Studierenden mit Vetorecht auf universitärer und auf fachlicher Ebene beteiligt. Nun plant die Landesregierung, diese Gelder in die Grundfinanzierung der Universität überzuführen. Damit fällt nicht nur die studentische Mitbestimmung weg, sondern auch die Lehrbindung von 80% der Mittel ist nicht mehr gewährleistet. Zwar ist durch dieses Vorgehen eine konstante Finanzierung der Universität(en) zu erreichen, jedoch haben Studierende über die Verteilung von Grundmitteln keinerlei Mitspracherechte mehr. Vor allem aber ist zu befürchten, dass die Gelder nicht mehr für die Lehre, sondern für Leuchtturmprojekte der Universität verwendet werden. Um unsere Stimme bei der Verteilung weiterhin artikulieren zu können, fordern wir, die QSM als Zweitmittel (vom Ministerium bereitgestellt) zu belassen.



## **Selbstbestimmtes Studium**

An einer Universität soll man nicht nur neues Fachwissen erlernen, sondern auch lernen, eigenverantwortlich und selbstbestimmt zu arbeiten. Gerade das Studium als höchster Bildungsabschluss soll zur Entwicklung der Persönlichkeit beitragen. Dies geschieht durch vielfältiges soziales, ehrenamtliches sowie fachlich-akademisches Engagement und Interesse im und neben dem Studium. Allzu viele Prüfungsordnungen von Studiengängen stellen sich jedoch nach der Bolognaform als starre Pflichtvorgaben dar, in denen spezielle Vertiefungsinteressen von Studierenden keinen Platz finden und für Nebentätigkeiten während des Studiums keine Zeit mehr bleibt. Veranstaltungen mit nicht notwendiger Anwesenheitspflicht, verpflichtende Übungsblätter (Hausaufgaben) und wenig Wahlfreiheit in der Auswahl der Lehrveranstaltungen eines Moduls lehnen wir daher ab.

Im selben Sinne wollen wir uns dafür einsetzen, die Höchststudiendauer und Zwangsexmatrikulation nach Überschreitung der Regelstudiendauer abzuschaffen. Diese Regelungen sind repressiv und passen nicht in unser Bildungsverständnis eines lebenslangen Lernprozesses.

Gerade wenn keine Anwesenheitspflichten mehr bestehen, wird sich das Selbststudium wieder stärker durchsetzen. Deshalb brauchen Studierende 24-Stunden-offene Arbeits- und Lernräume: Wir begrüßen die verlängerten Öffnungszeiten der Unibibliothek, doch geht uns dies nicht weit genug. Lernräume und Pools, die an Wochenenden geschlossen sind, entziehen der Studierendenschaft die Grundlage für ein erfolgreiches Studium. Deswegen wollen wir im StuRa einer Politik nachgehen, die den Weg zu durchgehend offenen Lern- und Arbeitsräumen ebnet.

**Liste 3:**  
**Grüne Hochschulgruppe**



**1. Sebastian Rohleder**



**2. Constanze Erhard**



**3. Max Ahlhelm**



**4. Anja Popp**



**5. Jochen Gerber**



**6. Véronique Millm**

**Die Neckarwiese  
würde grün wählen!**



**25.-27. November:  
GHG in den StuRa wählen!**

**Lust zu einem dieser Themen mehr zu erfahren oder  
dich in einem dieser Bereiche zu engagieren?**

**Wir treffen uns jeden Mittwoch, um bei diesen Themen  
konkret was voranzubringen, die Uni gerechter,  
nachhaltiger und ökologischer zu machen und am Ende  
natürlich die Welt zu retten.  
Zum Mitmachen einfach mittwochs um 20 Uhr im Grünen  
Büro in der Poststraße 18-20 vorbeikommen und loslegen.  
Bei Fragen einfach eine Mail an: [info@ghg-heidelberg.de](mailto:info@ghg-heidelberg.de)**

## Lehramtsnovelle

Die Reform des Lehramtsstudiums ist in vollem Gange! Doch es harkt, quietscht und knarzt an allen Ecken und Enden. Der StuRa hat hier bereits ein landesweit aufgegriffenes Positionspapier verabschiedet und verfügt mit dem Arbeitskreis Lehramt und dem Referat für Lehre und Lernen über hervorragende Strukturen, um diesen Prozess zu begleiten und zu gestalten. Der StuRa muss daher darauf hinwirken, dass die Studierenden auch konsequent auf Universitäts- und Landesebene vertreten sind und gehört werden. Es kann nicht sein, dass sich die studentischen Mitglieder der Lehramtssteuerungsgruppe an der Uni gezwungen sehen, zurückzutreten, weil sie vom Entscheidungsprozess abgekoppelt und vom Informationsfluss ausgeschlossen werden. Der vorgegebene Zeitdruck durch die geplante Einführung bereits zum Wintersemester 2015/16 macht eine tiefgründige Evaluation der letzten Reform (2009) unmöglich. Umso wichtiger ist die Beteiligung derer, die die Schwächen dieser Reform aus eigenem Erleben kennen. Wissenschaftsministerium und Universitätsleitung sollten sich hierfür Zeit nehmen. Transparenz bezüglich aller Unterlagen zur anstehenden Reform für alle Mitglieder aller zuständigen Gremien ist eine unabdingbare Voraussetzung hierfür, damit Themen wie das dritte Fach, der Zeitpunkt des SPS oder der Anteil von Fachdidaktik, Bildungswissenschaft und Fachwissenschaft diskutiert und nicht nur dekretiert werden.

Ziel muss am Ende ein gut studierbares Studium mit dem Abschlussziel Lehramt sein, das auch für Wechsler\*innen aus Baden-Württemberg und anderen Bundesländern offen ist.

## **Drogenlegalisierung**

Noch nie waren in Deutschland so viele Drogen verboten wie zurzeit. Gleichzeitig ist in Deutschland die Drogenkonsumrate höher denn je. Drogen sind überall, auf dem Schulhof, in der Uni, bei der Arbeit und im Altersheim. Ob die Droge dabei verboten oder legal ist, macht, bezogen auf die Frage, wie stark eine Substanz konsumiert wird, keinen Unterschied.

Nachdem Cannabis 2014 in den US-amerikanischen Bundesstaaten Colorado und Washington per Volksabstimmung legalisiert wurde und immer mehr Bundesstaaten nachziehen, ist auch hierzulande eine Diskussion über die Sinnhaftigkeit des Verbotes entflammt. Und da auch in Studierendenkreisen zum Teil munter gekifft wird, ist eine wissenschaftsbasierte Auseinandersetzung mit dem Thema durchaus angebracht.

Heutzutage ist die Einstufung von Cannabis als gefährliche Droge aus wissenschaftlicher und medizinischer Sicht nicht haltbar. Es gibt mittlerweile Expertengruppen, etwa den Schildower Kreis, welche sich klar für eine Legalisierung aussprechen. Vor einigen Jahren veröffentlichten internationale Wissenschaftler eine Studie, in der sie Drogen nach ihren gesundheitlichen und sozialen Folgen beurteilten. Hier wurden Alkohol und sogar Tabak als wesentlich gefährlicher als Cannabis eingestuft. Die Zahlen aus dem Drogen- und Suchtbericht 2012, herausgegeben von der Drogenbeauftragten Mechthild Dyckmans, spiegeln diese Einschätzung wider. Jährlich sterben etwa 110.000 Deutsche an den direkten Folgen ihres Tabakkonsums, Alkohol fordert 73.000 Tote. Menschen, die aufgrund des Konsums reiner Cannabisprodukte starben, hat es hingegen bis heute nicht gegeben.

In der Tat besteht das größte gesundheitliche Risiko eines Kiffers darin, eventuell streckmittelverseuchtes Cannabis zu konsumieren. Teilweise mit dramatischen Folgen, wie die Todesfälle aufgrund von bleiverseuchtem Marihuana 2007 in Leipzig zeigten. Doch der Grund hierfür ist der Handel auf dem Schwarzmarkt, wo es weder Kontrollbehörden noch Jugendschutz gibt und wo gewissenlose Dealer beim Panschen freie Hand haben.

Besonders dramatisch wirkt sich der Schwarzmarkt auf die produzierenden Länder aus. Diese sind meist arm, politisch instabil und bieten Raum für mafiöse Strukturen, welche sich bei einer weltweiten Legalisierung nicht so etablieren

könnten. Unlängst forderte der ehemalige Präsident von Mexiko die Legalisierung, um den kriminellen Drogenkartellen in seinem Land die finanzielle Grundlage zu entziehen.

Dass jemand, der Cannabis konsumiert, früher oder später automatisch auch zu härteren Drogen greifen wird, entspricht nicht der Realität. Da sich der Konsument jedoch aufgrund der Illegalität auf dem Schwarzmarkt versorgen muss, erhält er oft leichter Zugang zu härteren Drogen. Grundsätzlich haben die meisten Leute, bevor sie ihren ersten Joint rauchen, bereits Tabak oder Alkohol konsumiert, sodass die Behauptung, Cannabis sei eine Einstiegsdroge, so nicht haltbar ist.

Doch Hanf kann nicht nur als Medizin und Genussmittel Verwendung finden. Die Produktliste umfasst Futtermittel, hochwertiges Speiseöl, Textilien, Kosmetikprodukte bis hin zu Papier und Baumaterial für Häuser. Daher wird es Zeit, Cannabis nicht mehr länger als gefährliche Droge zu betrachten, sondern das schier unglaubliche Potential dieser vielfältigen Nutzpflanze zu entdecken und sie zu dem zu machen, was sie schon längst sein könnte. Ein Segen für die Menschheit.

Deswegen fordert die GHG:

- Legalisierung von Cannabis
- Behandlung von Suchtkranken statt Bestrafung
- Ende des sinnlosen „War on Drugs“
- Mehr Drogenaufklärung



Nicht die Totalabstinenz, sondern die Hilfe und das Schicksal jedes einzelnen Menschen muss im Vordergrund stehen. Egal, ob der Mensch mit oder ohne Drogen glücklich werden will.

Frankfurt am Main macht vor, dass man hier auch auf lokaler Ebene aktiv werden kann.

Daher wird sich die GHG Heidelberg im StuRa dafür einsetzen, eine ähnliche Initiative wie in Frankfurt am Main zu starten.

Stell die Welt auf den Kopf!



Komm zur GHG!

Diskussionen!

Fachgespräche

Fahrradtouren!

Themenabende

Treffen mit Abgeordneten

Bildungsfahrten nach Berlin und Stuttgart

Weihnachtsfeier

Besichtigungen

Waldführung

Brezeln backen

## Studentische Mobilität

Mit einer überwältigenden Mehrheit von 91% haben die Studierenden der Universität Heidelberg bei der Urabstimmung im Mai für die Annahme des Vertragsangebots des VRN zur Verlängerung gestimmt. Gleichzeitig erklärte bei einer Befragung der Studierenden im Dezember 2013 eine große Mehrheit, dass sie das Ticket für überteuert hielt. Wir von der GHG interpretieren die Ergebnisse dahingehend, dass die Studierenden auf dieses Ticket angewiesen sind und trotz der hohen Preise in den sauren Apfel beißen und dieses Ticket kaufen. Die Preisentwicklungen der letzten Jahre sind erschreckend und müssen dringend gestoppt werden. Da die nächsten Verhandlungen erst in 4 Jahren anstehen, sollte die Zeit genutzt werden, um zum einen aktiv auszuloten, was in der Semesterticketfrage auf Landesebene möglich ist, um hier eine faire variable Lösung für alle Studierenden in Baden-Württemberg zu finden, und zum anderen um sich Strategien und Projekte zu überlegen, um bei den nächsten Verhandlungen optimal vorbereitet zu sein.

In Heidelberg liegt verkehrstechnisch vieles im Argen, gerade für Fahrradfahrer\*innen läuft es nicht optimal. Teils aufwendige Verkehrsführung, die von Fahrradfahrern\*innen große Umwege erfordert, wenn sie nicht gegen die StVO verstoßen wollen. Es gibt zu viele und zu ungünstig geschaltete Ampeln, die einen flüssigen Radverkehr unmöglich machen, da helfen auch Aktionen wie Plus5 von Polizei, Stadt, Klinikum und Universität nicht viel. Wir fordern daher, dass die Vertretung der Studierenden der Universität Heidelberg von Anfang an in solche Prozesse einbezogen wird, da die Studierenden einen großen Teil der Bevölkerung der Stadt stellen und überdurchschnittlich viel mit dem Fahrrad unterwegs sind.



Auch der öffentliche Nahverkehr in Heidelberg bietet großes Konfliktpotential, wie man an der geplanten Straßenbahnstrecke ins Neuenheimer Feld beobachten kann. Dieser Fall zeigt, dass die Stadt Verkehrsplanungen nicht ohne Anrainer und Betroffene planen kann, stattdessen wundert sie sich dann noch über Widerstand. Die Grüne Hochschulgruppe fordert hier ein Eintreten für die Interessen der Studierenden, gerade jener, die entsprechende Einrichtungen im Feld brauchen und benutzen, wie Wohnheime, den Botanischen Garten und die betroffenen Institute.

## **Zivilklausel - friedliche Forschung**

Jede Universität übernimmt Verantwortung für die Gesellschaft, das lässt sich allein daraus ablesen, dass sie sich ein Motto gibt und einem bestimmten Leitideal folgen möchte. Zu einer verantwortungsvollen Universität gehört es unserer Ansicht nach auch, keine Forschung zu betreiben, die Menschenleben gefährdet. Das bedeutet, dass militärische Forschung an öffentlichen, ergo staatlichen Universitäten und Einrichtungen keinen Platz haben darf. Sie sollen idealerweise dem Gemeinwohl dienen und nicht der Frage, wie am besten auf militärische Bedürfnisse reagiert werden kann. Solche Zielsetzungen sind unserer Ansicht nach wirtschaftlich motiviert, da Deutschland angeblich auf Rüstungsexporte nicht verzichten kann. Da auf Landesebene eine verpflichtende gesetzliche Regelung abgelehnt wurde (entgegen vorhergehender Versprechen), sehen wir es als notwendig an, auf der Ebene der Universität darauf hinzuwirken, dass diese eine Selbstverpflichtung zu ausschließlich ziviler Forschung in ihr Grundsatzprogramm aufnimmt.

Auch das Thema Tierversuche an der Universität beschäftigt uns, hier wollen wir darauf hinarbeiten, dass Tierversuche weitestgehend eingeschränkt werden mit dem Ziel der kompletten Abschaffung - der wissenschaftliche Fortschritt legitimiert keinesfalls den respektlosen und grausamen Umgang mit Lebewesen!

## **Studentische Mitbestimmung stärken - Viertelparität im Senat**

Studierende haben im wichtigsten Gremium der universitären Selbstverwaltung, dem Senat, eine erschreckend niedrige Mitbestimmungsmöglichkeit. Bei lediglich vier studentischen Mitgliedern ist keine angemessene (d.h. dem tatsächlichen Proporz von Studierenden an der Universität) Vertretung gewährleistet. Unsere Forderung einer viertelparitätischen Besetzung des Senats (ein Viertel Professor\*innen, ein Viertel wissenschaftliche Mitarbeiter\*innen, ein Viertel administrativ-technische Mitarbeiter\*innen und ein Viertel Studierende) behält daher ein großes Gewicht, damit die Interessen der Studierenden im Senat stärker durchkommen können!

## Sonstiges

Wir wollen es allen Studierenden ermöglichen, an uns heranzutreten und über uns mit der Verfassten Studierendenschaft in Kontakt zu kommen. Deshalb arbeiten wir basisdemokratisch und wollen in freien und für alle offenen Treffen während des Semesters mit euch die Tagesordnung und die Anträge für die jeweils anstehenden StuRa-Sitzungen diskutieren. Wir versprechen, einen aufgeschlossenen Raum für die (hoch)schulpolitische Auseinandersetzung zu bieten, in welchem kein Platz für Rassismus, Antisemitismus, Islamismus, Ziganismus, Sexismus und Diskriminierung aller Art ist.

#Moppelkotze



Der Listenvorschlag der Grünen Hochschulgruppe Heidelberg  
für die Wahlen zum Studierendenrat

### **LISTE 3: GHG – Grüne Hochschulgruppe**

1 Sebastian Rohleder

*Philosophische Fakultät*

3 Max Ahlheim

*Juristische Fakultät*

5 Jochen Gerber

*Juristische Fakultät*

7 Christian Mittelstaedt

*WiSo Fakultät*

9 Kai Ströhlein

*Juristische Fakultät*

11 Fabian Parzer

*Fakultät für Mathematik und  
Informatik*

13 Matthias Weber

*WiSo Fakultät*

15 Alexander Hesse

*Fakultät für Physik und Astronomie*

17 Oliver Priem

*Philosophische Fakultät*

2 Constanze Erhard

*Philosophische Fakultät*

4 Anja Popp

*Juristische Fakultät*

6 Veronique Millim

*WiSo Fakultät*

8 Lisa-Marie Zoller

*Philosophische Fakultät*

10 Lisa Ringena

*Fakultät für Physik und  
Astronomie*

12 Maren Volk

*Philosophische Fakultät*

14 Xenia Rak

*WiSo Fakultät*

16 Paula Zschoche

*Juristische Fakultät*

18 Chiara Goetzke

*Juristische Fakultät*

## Populismus im Wahlkampf

**Wie in jedem Wahlkampf durften wir auch diesmal feststellen, dass schon im Infoheft zu den Wahlen wieder die populistischen Forderungen der letzten Jahre neu aufgewärmt werden, aber auch neue hinzugekommen sind. Wir finden auch im Wahlkampf, sollte man sachlich richtig argumentieren und keine Tatsachen verdrehen oder Forderungen stellen die nicht umsetzbar sind wir analysieren hier mal einige der Forderungen der anderen Listen und stellen einige Sachverhalte richtig.**

*Der StuRa hat Geld an die Rote Hiöfe gespendet, das ist eine linksradikale, verfassungsfeindliche Organisation.*

In der Tat hat der StuRa hundert Euro nicht uniintern oder in lokalpolitischem Rahmen ausgegeben. Dies geschah in der StuRa-Sitzung vom 22.07.2014, hier lag ein Solidarierungsantrag für Josef S., einen Studierenden aus Thüringen, der in einem von vielen Beobachtern als juristisch unsauber kritisierten Prozess, in Wien zu einer Bewährungsstrafe verurteilt wurde. Während der Diskussion äußerte ein Vertreter im StuRa, dass man doch mehr tun müsste als diese Solidaritätserklärung herauszugeben. Da der StuRa jedoch keine speziellen Einzelpersonen unterstützen darf, kam die Idee auf, eine zweckgebundene Spende an die Rote Hilfe Jena vorzunehmen, die ein Spendenkonto speziell für diesen Fall eingerichtet hatte. Die Rote Hilfe wird in der Tat seit Jahren vom Verfassungsschutz beobachtet, allerdings ist eine Mitgliedschaft in der Roten Hilfe kein Ausschlusskriterium für eine Beschäftigung im Staatsdienst, was die Sache schon wieder relativiert.

*Der StuRa hat kein allgemeinpolitisches Mandat und sollte sich auf seine eigentlichen Aufgaben beschränken.*

Landeshochschulgesetz (LHG) § 65 (2) und (3) geben der Verfassten Studierendenschaft ein sehr weit gefasstes Mandat, das sogar Vertreter der CDU-Landtagsfraktion als allgemeinpolitisch interpretieren.

*Der StuRa wollte sich Bio-Sitzkissen für die Mitglieder anschaffen!*

Dies war ein Antrag der Liste DIE LISTE, die der Partei DIE PARTEI nahesteht. Mehr muss man eigentlich nicht sagen, außer, dass der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt wurde.

*Der StuRa möchte die Gelder der Studierenden in die eigene Tasche stecken und sich Aufwandsentschädigungen zahlen.*

Konkret diskutiert wurde im StuRa nur über die Aufwandsentschädigungen für Wahlhelfer\*innen, Protokollierende und die Sitzungsleitung. Die ersten zwei wurden schnell beschlossen, an der Aufwandsentschädigung für die Sitzungsleitung (wie auch beim Protokoll, in Höhe von 30 Euro je beschlussfähiger Sitzung) entbrannte jedoch ein Grundsatzstreit, der monatelang tobte und sehr unsachlich geführt wurde.

*Online-Abstimmungen sollen eingeführt werden.*

Leider ist das nicht möglich, da das Bundesverfassungsgericht diese in einem Urteil 2009 (Verstoß gegen die Öffentlichkeit der Wahl) verboten hat und das Land Baden-Württemberg die Auffassung vertritt, dass dieses Urteil auch für Wahlen an Hochschulen gilt.

*Das Geld der Studierenden versickert im StuRa in der eigenen Verwaltung.*

In der Tat hat der StuRa einen Teil seines Etats für Personalkosten vorgesehen, allerdings werden hier Strukturen geschaffen, auf die alle Studierenden zugreifen können. So werden von diesem Geld unter anderem zwei halbe Sekretariatsstellen finanziert, die für die Steigerung der Effizienz der aktiven Ehrenamtlichen sorgen und eine Kontinuität in den Strukturen schaffen. Die Stelle der Beauftragten für den Haushalt schreibt das Landeshochschulgesetz vor, in Heidelberg wurde entschieden, eine halbe Stelle zu schaffen, um einen rechtlich einwandfreien Haushalt zu garantieren und eine Anlaufstelle für die Fachschaften mit ihren Haushalten zu haben. Zusätzlich werden noch 5 geringfügig Beschäftigte, mit unterschiedlicher Stundenzahl eingestellt, die sich um einzelne konkrete Bereiche, wie EDV, Homepage und Kontaktpflege, Bürodienst, Gremien und Sitzungsleitung kümmern und damit allen Studierenden eine Struktur bieten, die sie nutzen können. So werden unter anderem Dinge angeschafft und katalogisiert, die dann von allen Fachschaften und Initiativen benutzt und auch ausgeliehen werden können. Die Bürokosten im StuRa kommen auch wieder direkt den Studierenden zugute, hier werden zum Beispiel Wahlzettel, Infomaterial und Benachrichtigungen und noch vieles mehr erstellt.

## **FAQ zum Wahlprogramm der Grünen Hochschulgruppe**

*Puh das sieht ja ziemlich lang aus - gibt es das auch in kurz?*

Ja, guckt einfach in unseren Wahlflyer, der in großer Auflage verteilt wird.

*Und warum soll ich jetzt euch wählen?*

Gründe gibt's genug, die stehen im Wahlprogramm und im Flyer, kurz gesagt: Wir sind die ökologische unter den Hochschulgruppen ;-)

*Wie steht ihr jetzt zur Aufwandsentschädigung?*

Wir waren maßgeblich am Entstehen des jetzt verabschiedeten Kompromisses beteiligt, sehen aber, dass das keine befriedigende Lösung ist. Wie man an den aktuellen Ausschreibungen erkennen kann, sind einige StuRa-Ämter seit einem Jahr unbesetzt. Wir wissen, dass es Studierende gibt, die sich nicht engagieren können, weil sie nebenher arbeiten. Deswegen sollte eine vernünftige, tragfähige Lösung für dieses Problem gefunden werden.

*Und was ist mit dem Veggie-Day? Wollt ihr uns alle zum Veganertum zwingen?*

Natürlich nicht! Mehrere von uns sind ja selbst Fleischesser. Der auf Event getrimmte Veggie-Day einmal im Semester ist zwar eine gute Idee, allerdings wäre es weitaus wichtiger, dauerhaft gute vegetarische und vegane Gerichte mit Auswahlmöglichkeiten in allen Mensen anzubieten, damit auch die immer größere Gruppe der Vegetarier\*innen und Veganer\*innen immer Wahlmöglichkeiten haben.

*Ihr wart letztes Jahr die größte Fraktion unter den Listen, was habt ihr denn so erreicht?*

Ein Jahr zusammenzufassen ist sehr schwer, wir versuchen es kurz: Auf Antrag von uns wurden zwei Referate eingerichtet (Ökologie und Referat für Internationale Studis), 6 Referent\*innen kamen aus der GHG(drei Referentinnen für Ökologie und Nachhaltigkeit, ein Finanzreferent, ein Verkehrsreferent, eine Referentin für internationale Studierende) , 2 von 3 Mitgliedern im Wirtschaftsausschuss waren von uns, ein Mitglied von uns war im Wahlausschuss, wir haben aktiv am Diversity-Statement des StuRa mitgearbeitet, von uns kam Antrag auf den papierfreien Senat, wir haben den Beschluss gegen Antisemitismus ausgearbeitet und eingebracht und noch vieles mehr.